

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	2
2. Methoden zur Bekämpfung der Wasserknappheit .....	2
2.1. Lösungsansätze in der Vergangenheit .....	2
2.2. Zweckverbände .....	3
2.2.1. Definition Zweckverband .....	3
2.2.2. Landeswasserversorgung .....	4
2.2.3. Bodensee-Wasserversorgung .....	5
3. Konflikt über die Privatisierung der Wasserversorgung .....	6
3.1. Aktuelle Eigentumsverhältnisse über die Wassernetze .....	6
3.1.1. Übergang der Aktienmehrheit der „Neckarwerke Stuttgart“ (NWS) an die „Energieversorgung Baden-Württemberg“ (EnBW) .....	6
3.1.2. Vermietung der Zweckverbände über „Cross-Border-Leasingverträge“ .....	7
3.2. Bürgerinitiative „Stuttgarter Wasserforum“ .....	8
3.2.1. Ursprung der Initiative .....	8
3.2.2. Ziele des Stuttgarter Wasserforums .....	8
3.2.3. Bürgerbegehren „100-Wasser“ .....	9
3.3. Anhaltender Rechtsstreit zwischen EnBW und der Stadt Stuttgart .....	10
4. Fazit .....	12
Quellenverzeichnis .....	13

## **1. Einleitung**

Wasser ist das wichtigste Gut der Welt, ohne das kein Leben möglich ist. Der durchschnittliche Wasserverbrauch in privaten Haushalten liegt in Deutschland bei etwa 140 Litern Leitungswasser pro Tag. Allein für die körperliche Hygiene verwenden wir täglich ca. 40 Liter<sup>1</sup>. Um diese Mengen zur Verfügung zu stellen, muss in deutschen Wasserwerken permanent Wasser gefördert und zu Trinkwasser aufbereitet werden. Trotz dieses hohen Bedarfs gibt es in Deutschland Regionen, die seit jeher von Wasserknappheit betroffen sind. Besonders hoch ist die Wasserknappheit im Großraum Stuttgart. Der Grundwasserspiegel ist in diesem Gebiet seit Jahrhunderten so niedrig, dass bereits seit dem 16. Jahrhundert flexible Maßnahmen ergriffen werden müssen. Heute sind die Methoden so weit ausgereift, dass sich kein Stuttgarter Bürger sorgen muss, das Wasser könne nicht ausreichen, um jedermanns Bedarf zu decken. Problematisch wird die Situation jedoch dann, wenn sich Privatunternehmen in die Wasserversorgung von rund sieben Millionen Menschen einmischen. In Stuttgart ist dies seit Jahren der Fall und diese Tatsache bereitet einigen Bürgern Unbehagen. In der Stadt gibt es daher einen Interessenskonflikt, der im Kern jeden einzelnen Bürger betrifft und der inzwischen über alle Instanzen geführt wird.

In der Arbeit wird zunächst das System der Wasserversorgung Stuttgarts beschrieben. Anschließend soll der Interessenskonflikt zwischen der Stadt und der EnBW sowie der daraus resultierende Rechtsstreit erläutert werden.

## **2. Methoden zur Bekämpfung der Wasserknappheit**

### **2.1. Lösungsansätze in der Vergangenheit<sup>2</sup>**

Über die Jahrhunderte wurden diverse Methoden entwickelt, um die Stadt weiterhin mit Wasser zu versorgen. Vor 1566 nutzten die Stuttgarter Bürger Wasser aus einigen Quellen sowie aus dem Nesenbach<sup>3</sup>. Da dieser aufgrund des hohen Wasserbedarfs mit der Zeit ausgelastet wurde, kam es im Jahr 1564 zu Klagen über den hohen Wassermangel. Dies führte 1566 zu dem Beschluss, ein Wasservorkommen im Südwesten der Stadt nutzbar zu machen. Dieses Wasser wurde in einem künstlich angelegten See, dem Pfaffensee, gefasst und über eine Leitung dem Nesenbach zugeführt, sodass das Wasser von dort aus wieder wie zuvor genutzt werden konnte. Dieses System der „Parkseen“, also künstlich angelegter Seen, deren Wasser filtriert und gefördert wird, wurde über die Jahre weiter ausgebaut, weshalb im Jahr 1874 das Seewasserwerk Hasenberg gebaut wurde. In diesem wurde das Wasser in Langsamfiltern aufbereitet und somit einwandfrei nutzbar gemacht.

---

<sup>1</sup>Deutsches Wasser Serviceportal (2017)

<sup>2</sup>Professor Dr. K. Eberhard Oehler (2014)

<sup>3</sup>Der Nesenbach ist ein Nebenfluss des Neckars mit einer Länge von knapp 13 km; Ebd., (2014)

Nachdem die Parkseen zunehmend aufgebraucht wurden, entstand die Idee der Wasserförderung aus dem Neckar, da dieser Fluss, der die Stadt von Süden nach Norden durchfließt, eine nahezu unerschöpfliche Wasserquelle bietet. In der Praxis war diese Methode allerdings problematisch, da die Aufbereitung dieses Wassers mit einem hohen Aufwand verbunden ist. Dennoch wurde in Berg, einem Stadtteil im Osten Stuttgarts, ein Neckarwasserwerk gebaut. Das Gebäude steht heute unter Denkmalschutz, jedoch übernimmt es immer noch wichtige Funktionen bei der Notwasserversorgung. Außerdem dient es als Übernahmestation für das Landeswasser aus dem Donauried.

## **2.2. Zweckverbände**

### **2.2.1. Definition Zweckverband**

*„Zusammenschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind.“*

(Prof. Dr. Isabelle Proeller)<sup>4</sup>

Die Gemeinden und verbände, die sich zu einem Zweckverband zusammenschließen, bewältigen von vornherein festgesetzte Aufgaben der Daseinsvorsorge, z.B. der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung, eines Krankenhauses, des öffentlichen Personennahverkehrs, des Rettungsdienstes oder der Feuerwehralarmierung. Da die Verbandsmitglieder gleichzeitig Kunden und Eigentümer sind, erzielt ein Zweckverband keinerlei Gewinn. Wie der Name sagt, ist der Zweckverband lediglich darauf ausgelegt, einen Zweck zu erfüllen, z.B. die Verbandsmitglieder mit Wasser zu versorgen.

### **2.2.2. Landeswasserversorgung**

---

<sup>4</sup>Prof. Dr. Isabelle Proeller (2017)

Mit der anhaltenden Industrialisierung wurden die bisherigen Methoden zur Wasserversorgung immer weiter ausgeschöpft, wodurch man um die Wende vom 19. in das 20. Jahrhundert gezwungen war zu handeln. Somit wurde der Plan entworfen, Trinkwasser über eine Fernleitung aus dem Donautal bei Ulm bis nach Stuttgart zu leiten. Hierfür wurde im Jahr 1912 die „Staatliche Landeswasserversorgung“ (LWV) gegründet. Diese Organisation ist eine der größten deutschen Fernwasserversorgungen. Rund 250 Städte, darunter auch Stuttgart, beliefert sie jedes Jahr mit etwa 90 Millionen Kubikmetern Trinkwasser. Seit 1917 wird im Wasserwerk Niederstotzingen, welches dem Zweckverband Landeswasserversorgung untersteht, Wasser gefördert und vor allem nach Stuttgart, aber auch in 250 andere Städte und Gemeinden, geliefert. Das Trinkwasser, das die LW fördert, besteht laut eigenen Angaben aus 40% Grundwasser, 40% Flusswasser, 17% Quellwasser und 3% Fremdwasser.<sup>5</sup>

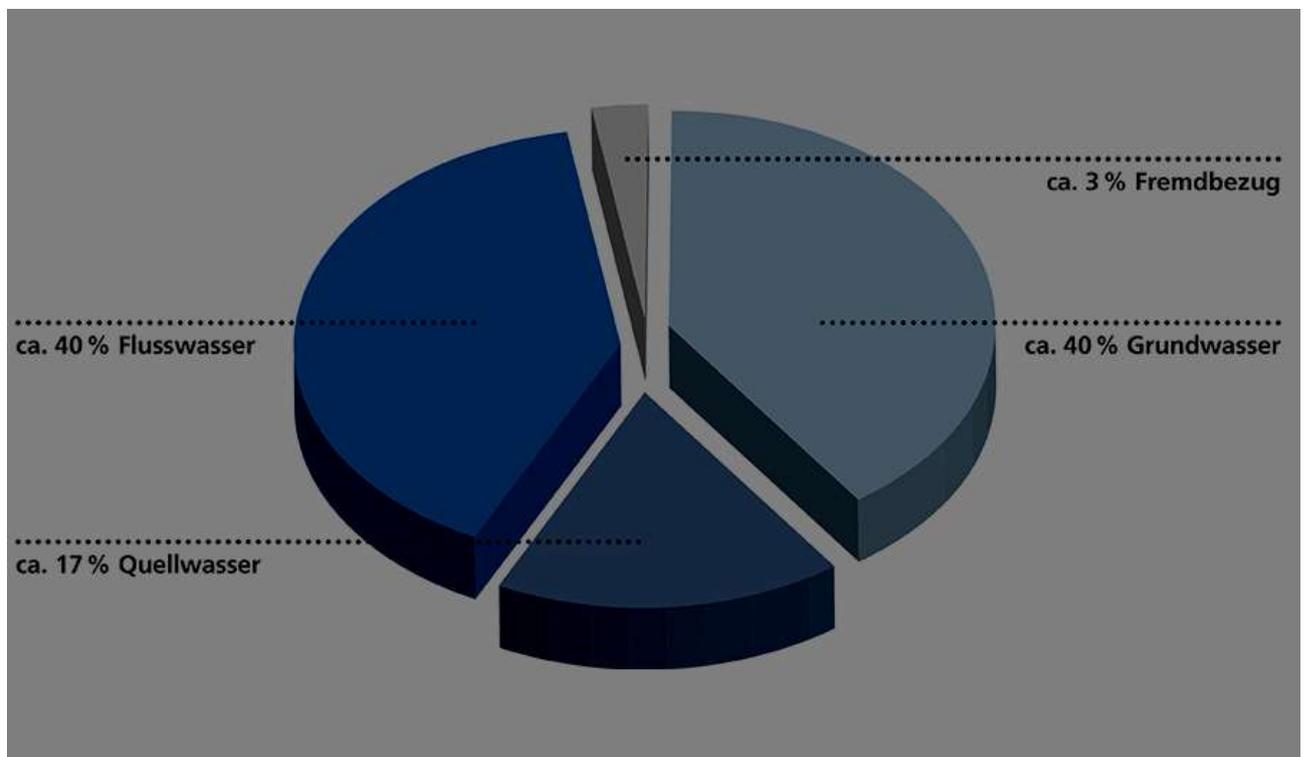


Abbildung 1: Zusammensetzung des Trinkwassers der LWV (Stand: April 2017)

### 2.2.3. Bodensee-Wasserversorgung

<sup>5</sup>Landeswasserversorgung (April 2017)

In der Nachkriegszeit verschärfte sich der Wassermangel in weiten Bereichen Baden-Württembergs. Auch in der Stadt Stuttgart stieg der Wasserbedarf in den 1950er Jahren stark an. Ein zweites Fernwasserversorgungssystem war erforderlich. Im Jahre 1953 wurde auf Initiative der Stadt Stuttgart am 25.10. von 13 Gemeinden der „Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung“ (BWV) gegründet. Man hat sich dazu entschlossen, das Bodenseewasser bei Sipplingen in einer Tiefe von 60 Metern zu entnehmen und auf den 310 Meter höher gelegenen Sipplinger Berg zu pumpen. Dort wird das Wasser mit Mikrosieben und Sandfiltration gereinigt. Heute werden 320 Städte und Gemeinden mit einem Rohrnetz von 1.700 Kilometern Länge mit jährlich ca. 125 Millionen Kubikmetern Trinkwasser beliefert. Dies macht die BWV heute zur größten deutschen Fernwasserversorgung. Von den Versorgungszonen der Landeswasserversorgung und der Bodenseewasserversorgung soll Abbildung 2 einen Eindruck vermitteln.

Wie man sieht, liegt Stuttgart an der "Nahtstelle" zwischen den beiden Versorgungssystemen und wird heute zu etwa gleichen Anteilen von beiden Systemen versorgt.<sup>6</sup>



Abbildung 2:

Versorgungsnetz der LWV und der BWV in Stuttgart (2017)

<sup>6</sup> Stuttgarter Wasserforum. Bodensee-Wasserversorgung (BWV). (2017)

### **3. Konflikt über die Privatisierung der Wasserversorgung**

#### **3.1. Aktuelle Eigentumsverhältnisse über die Wassernetze**

##### **3.1.1. Übergang der Aktienmehrheit der „Neckarwerke Stuttgart“ (NWS) an die „Energieversorgung Baden-Württemberg“ (EnBW)**

Im Jahr 2002 setzte der damalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Wolfgang Schuster (CDU), die Idee durch, die Stadtwerke Stuttgart (TWS) vollständig an die Energieversorgung Baden-Württemberg (EnBW) zu verkaufen. Zuvor warb OB Schuster viele Jahre für dieses Vorhaben, da sich seiner Aussage nach Steuervorteile und ein Budget von 900 Mio. EUR zur Bankenrettung durch einen Verkauf ergeben würden. Insgesamt lag der Kaufpreis bei 2.349.983.169,94 EUR. Aus einem telefonischen Interview mit den langjährigen Mitgliedern des Bürgerbegehrens „100-Wasser“ Barbara Kern und Ulrich Jochimsen, welche den Verkauf von Beginn an kritisierten, ergaben sich Mutmaßungen über die Frage, warum gerade die Wasserversorgung Stuttgarts verkauft werden sollte<sup>7</sup>. Die TWS waren europaweit bekannt und anerkannt und waren Wegbereiter für viele kommunale Neuerungen und Dienstleistungen in Baden-Württemberg, wodurch ein Verkauf nicht notwendig gewesen wäre. Daher wird vermutet, dass OB Schuster den Kaufpreis zur Finanzierung des umstrittenen Großprojekts „Stuttgart 21“ verwenden wollte.

Nach dem Verkauf übernahm die EnBW das gesamte Stuttgarter Wasser, die Strom- und Gasversorgung, die Fernwärme, 4 Wasserkraftwerke, ein Kohlekraftwerk, ein Müll-Kohle-Heizkraftwerk, Hunderte von Grundstücken und Betriebswohnungen sowie die großen Anteile an der Bodensee- und der Landeswasserversorgung (33% der Infrastruktur). Was der Stadt allerdings erst später bewusst wurde, war, dass mit dem Verkauf der Anteile an der LWV und der BWV auch die städtischen Stimmrechte an die EnBW übergehen werden. Die Stadt Stuttgart als größter Kunde bei beiden Fernwasserversorgern hat in beiden Verbandsversammlungen das maßgebliche Gewicht. Der Stuttgarter OB Wolfgang Schuster hat in beiden Verbänden den Vorsitz. "Dass der Verkauf auch die Stimmrechte bei Bodensee- und Landeswasserversorgung berührt, war uns nicht bekannt", zitiert die „Stuttgarter Zeitung“ (St.Z. vom 20.7.2001) den FDP-Fraktionschef Rolf Zeeb. Nach dem Verkauf von NWS-Aktien an die EnBW sei der städtische Einfluss nicht mehr gesichert.<sup>8</sup>

Zudem hat die Teilprivatisierung der Zweckverbände zur Folge, dass die Wasserrechte zur Entnahme des Bodensee- und des Donauried-Wassers 2037/38 europaweit ausgeschrieben werden.

Folglich könnten Großkonzerne wie z.B. „Véiolia“ den Betrieb der Netze für lange Zeit übernehmen, was mit einer Auflösung der kommunalen Zweckverbände gleichzusetzen wäre. Dies würde die

---

<sup>7</sup>Telefonisches Interview mit Barbara Kern und Ulrich Jochimsen: 16.09.2017 18.00Uhr

<sup>8</sup>Nik Geiler (1996-2002)

städtische Kontrolle über das Trinkwasser, mit dem Millionen von Menschen rund um die Uhr versorgt werden, gänzlich zunichte machen.

### **3.1.2. Vermietung der Zweckverbände über „Cross-Border-Leasingverträge“**

Das „Cross-Border-Leasing“ (CBL) ist eine Leasingform, bei der die beiden Vertragspartner ihren Sitz in unterschiedlichen Ländern haben. Hierbei werden in Deutschland meist kommunale Verbände, wie z.B. Wassernetze oder Kläranlagen, aber auch öffentlich nutzbare Verkehrsmittel, wie Straßenbahnen oder Flugzeuge an US-Firmen verleast. Das Eigentum über die Leasingobjekte liegt dann vertraglich für meist 99 Jahre beim US-Unternehmen, dem sog. „Trust“. Das Objekt wird dann in der Regel für 29-30 Jahre wieder an den Leasingnehmer (die deutschen Kommunen) vermietet und kann wie zuvor weiter betrieben werden. Da die Vertragspartner in unterschiedlichen Ländern angesiedelt sind, können sie die jeweilige Steuerlast verringern, was zu Ersparnissen führt. Diese Ersparnis, den sog. „Barwertvorteil“ bekommt die deutsche Kommune, die das jeweilige Objekt verleast, direkt beim Abschluss des Vertrages ausgezahlt. Das Problem dabei ist jedoch, dass die Kosten, die unter anderem in Form von Honoraren für die beteiligten Anwaltskanzleien oder Provisionen anfallen, meist größer sind als der Barwertvorteil, weshalb die Kommunen, meist ohne es rechtzeitig zu bemerken, Verluste durch CBL-Verträge machen.<sup>9</sup>

Die beiden Trinkwasser-Zweckverbände BWV und LWV schlossen jeweils in den Jahren 2001 und 2002 auf Rat von Stuttgarts OB Schuster ebenfalls solche CBL-Verträge mit US-Firmen ab, da sie sich hohe Renditen versprochen. Kritisiert wurde hierbei insbesondere, dass die Zweckverbände für das benötigte Kapital die Kontrolle über das wichtigste Gut, das Trinkwasser, an US-Konzerne abtreten, welche rein gewinnorientiert arbeiten und mit Wasserversorgung an sich nichts zu tun haben. Zudem gab es auch hier das Problem, dass die englischsprachigen CBL-Verträge sehr undurchsichtig sind, was schon allein an deren Umfang von meist 70 Einzelverträgen liegt. Somit werden allein zum Verständnis der Vertragskonditionen teure externe Experten benötigt und auch dann ist es oft schwierig, die Modalitäten zu verstehen bzw. zu erfüllen. Geschieht dies nicht, können rasch Strafzahlungen an den US-Konzern anfallen. Im Falle der LWV und BWV kam es während der Finanzkrise 2008 zu erheblichen Schwierigkeiten, als die beteiligten CBL-Partner-Banken und -Versicherungen ihre Triple-AAA-Bewertungen verloren. Laut Vertrag waren die Verbände allein dafür verantwortlich, dass lediglich Triple-AAA-Unternehmen an dem CBL beteiligt waren. Demzufolge standen für die Zweckverbände hohe Strafen an, konnte kein anderer entsprechender Partner gefunden werden.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup>Ebd. (1996-2002: AK Wasser)

<sup>10</sup>Wolfgang Messner. STZ. (23.12.2008)

Diese Problematik führte dazu, dass die beiden Zweckverbände am 26.03.2009 die CBL-Verträge vorzeitig beendeten. Am 09.04.2009 veröffentlichten sie eine gemeinsame Presseerklärung, in der sie die Resultate des Cross-Border-Leasings darlegten. Aus den jeweiligen Einnahmen durch die Verträge, sowie den Kosten für die vorzeitige Beendigung der Verträge, ergab sich bei der BWV ein Gesamtverlust von 4,7 Mio. EUR, bei der LWV von 8,4 Mio. EUR.<sup>11</sup> Der Ausstieg aus den Verträgen war wichtig, da so der Einfluss von rein gewinnorientierten US-Unternehmen entfernt werden konnte. Es war somit ein Schritt in Richtung Rekommunalisierung der Wasserversorgung.

### **3.2. Bürgerinitiative „Stuttgarter Wasserforum“**

#### **3.2.1. Ursprung der Initiative**

Der Verkauf der Stuttgarter Wasserwerke sowie der Anteile an den Zweckverbänden im Jahr 2002 stieß in der Bevölkerung auf heftige Kritik. Als dann im Jahr 2003 das 4. Cross-Border-Leasing-Vorhaben der Stadt Stuttgart, das Verleasen von Wirtschaftsgymnasien, Realschulen uvm. für 99 Jahre an US-Investoren bevorstand, wurde die Bürgerinitiative „Stuttgarter Wasserforum“ ins Leben gerufen. Man wollte dieses Vorhaben verhindern, indem man die Beteiligten auf die Risiken des CBL aufmerksam machte.<sup>12</sup>

#### **3.2.2. Ziele des Stuttgarter Wasserforums**

Um einen genaueren Einblick in die Initiative zu erhalten, wurde ein telefonisches Interview mit Barbara Kern und Ulrich Jochimsen geführt, die von Beginn an Mitglieder der Initiative waren und an deren Aufbau maßgeblich mitgewirkt haben. Im Allgemeinen ist das Ziel der Initiative, die Stuttgarter Wasserversorgung zu 100% zu rekommunalisieren. Das bedeutet, dass keine privaten, gewinnorientierten Firmen an der Daseinsvorsorge beteiligt sein dürfen. Im Fall der Stadt Stuttgart liegt derzeit das Wassernetz sowie die Konzession zur Wasserentnahme aus dem Bodensee und dem Donauries in den Händen der EnBW bzw. deren Tochtergesellschaft „Netze BW“ (siehe 3.1.1). Welche Folgen dieser Zustand hat, soll an einem Beispiel verdeutlicht werden:

In Stuttgart wird das Trinkwasser von der Bodensee- und der Landeswasserversorgung bezogen. Das Bodenseewasser ist qualitativ besser als das Landeswasser, das erst nach Ulm abgegriffen wird und so die geklärten Abwässer dieser großen Stadt enthält. Derzeit bezieht Stuttgart noch zu etwa gleichen Anteilen Bodensee- und Landeswasser (siehe Abbildung 2). Allerdings kostet der

---

<sup>11</sup>Pressemitteilung der LWV und BWV. Stuttgart. (09.04.2009)

<sup>12</sup>Stuttgarter Wasserforum. Geschichte des Stuttgarter Wasserforums. (2009)

EnBW der Kubikmeter Landeswasser einen Cent weniger als der Kubikmeter Bodenseewasser. Da die EnBW gewinnorientiert arbeitet, beziehen folglich immer mehr Stadtteile Landeswasser<sup>13</sup>, während die Versorgung mit Bodenseewasser zurückgeschraubt wird, obwohl dieses selbst für die Versorgung der ganzen Stadt ausreichen würde. Dennoch zahlt jeder Stuttgarter denselben Wasserpreis. Folglich steigt der Gewinn der EnBW.

Dies zeigt, warum die Wasserversorgung nach Meinung des Stuttgarter Wasserforums rekommunalisiert werden muss. Zudem erklärten Frau Kern und Herr Jochimsen, dass das Wasser als wichtigstes Lebensmittel für die Bevölkerung frei untersuchbar sein müsse. Mit einem Privatkonzern als Hauptanteilseigner sei die Transparenz über die Wasserversorgung nicht mehr gewährleistet.<sup>14</sup>

### 3.2.3. Bürgerbegehren „100-Wasser“

Das Problem bei der Durchsetzung einer Rekommunalisierung war jedoch, dass der Gemeinderat der Stadt Stuttgart dem Verkauf selbst zugestimmt hatte und der OB Wolfgang Schuster das Vorhaben in die Wege leitete und dahinter stand. Als der Stadt klar wurde, dass der Verkauf den Verlust der Stimmrechte in den Zweckverbänden mit sich bringt, wollte der Gemeinderat mit EnBW nachverhandeln. Daraus ergab sich der Beschluss, bis ins Jahr 2010 einen gemeinsamen privaten Wasserbetrieb zwischen EnBW und der Stadt Stuttgart zu gründen, in dem die EnBW immer noch die Betriebsführung hätte.<sup>15</sup> Hierfür sollten 50% der Wasserinfrastruktur zu einem Preis von 80 Mio. EUR von EnBW zurückgekauft werden. Diese Betriebsform ließe zwar einen gewissen städtischen Einfluss zu, die EnBW wäre aber immer noch Hauptanteilseigner. Das Projekt hatte die mehrheitliche Zustimmung im Gemeinderat und hätte bei einer Durchsetzung zur Folge, dass die EnBW bis ins Jahr 2024 weiter die Kontrolle über die Wassernetze behalten würde.

Um dieses Vorhaben zu verhindern, initiierte das Stuttgarter Wasserforum im Jahr 2009 das Bürgerbegehren „100-Wasser“. Somit wurde damit begonnen, Unterschriften zu sammeln. Konkret stand folgende Frage zur Abstimmung:

„Sind Sie dafür, dass die Stadt Stuttgart die Wasserversorgung frühest möglich, spätestens aber ab 1.1.2014 selbst betreibt und sind Sie gegen einen Gemeinderatsbeschluss, der Rechte an unserer Wasserversorgung ganz oder teilweise in der Hand von Privaten (z.B. der EnBW) belässt?“<sup>16</sup>

Nachdem zahlreiche Unterschriften gesammelt wurden, schloss sich der Gemeinderat am 17.06.2010 dem Bürgerbegehren an. Dies bedeutete, dass die Stadt die Wasserversorgung bis ins Jahr 2014 zu 100% übernehmen müsse. Hierfür soll ein städtischer Eigenbetrieb geschaffen werden.

---

<sup>13</sup>Stuttgarter Wasserforum. Immer mehr Stadtteile beziehen Landeswasser. (2017)

<sup>14</sup>Telefonisches Interview mit Barbara Kern und Ulrich Jochimsen. (16.09.2017 18.00Uhr)

<sup>15</sup>Stuttgarter Wasserforum. Stuttgarter Ausverkauf. (2009)

<sup>16</sup>Stuttgarter Wasserforum. Bürgerbegehren „100-Wasser“. (2009)

Im Gegensatz zur GmbH arbeite ein Eigenbetrieb transparent und nach dem Selbstkostenprinzip. Er arbeite nicht gewinnorientiert wie EnBW und nur ein Eigenbetrieb sei demokratisch kontrollierbar, so Barbara Kern auf der 371. Montagsdemo in Stuttgart. 17

### 3.3. Anhaltender Rechtsstreit zwischen EnBW und der Stadt Stuttgart

Die EnBW habe früh signalisiert, dass sie den politischen Willen respektiere, so ein Sprecher des Tochterunternehmens Netze BWV18. Allerdings verlangte die EnBW 750 Mio. EUR. Noch im Jahr 2009 hatte die EnBW selbst das Wassernetz mit 160 Mio. EUR bewertet, da sie 50% des Netzes für 80 Mio. EUR zur Gründung eines gemeinsamen Betriebs zwischen EnBW und der Stadt Stuttgart zurück an die Stadt verkaufen wollten. Den hohen Kaufpreis begründete das Unternehmen aufgrund des sog. „Sachzeitwertverfahrens“. Dabei wird errechnet, was das Netz im heutigen gebrauchten Zustand noch wert ist. Zudem will die EnBW der Stadt zukünftige mögliche Ersparnisse mit in den Kaufpreis einrechnen. Die Stadt soll keinen Eigenbetrieb, sondern erneut eine GmbH gründen, um Steuern zu sparen. Somit würde die Stadt nach Vorstellung der EnBW einen enorm hohen Preis aufgrund von möglichen Ersparnissen zahlen, wobei die Forderung nach einem Eigenbetrieb nicht einmal erfüllt wäre.

Die Stadt hingegen setzte ihre Preisvorstellungen bei 140 Mio. EUR an, da sie das sog. „Ertragswertverfahren“ anwendete. Bei dieser Methodik wird der Wert des Netzes aus dem ermittelt, was mit ihm aktuell erwirtschaftet werden kann.<sup>19</sup>

Nach erfolglosen Verhandlungen hat die Stadt im Sommer 2013 Klage eingereicht. „Da die Vorstellungen über den Kaufpreis weit auseinanderliegen ist die Stadt vor Gericht gegangen“, erklärte der Leiter der Stadtkämmerei, Volker Schaible<sup>20</sup>. Danach passierte 18 Monate nichts. Als Grund nannte ein Gerichtssprecher „personelle Veränderungen“ in der zuständigen Zivilkammer.

Daraufhin riet das Landgericht noch einmal zu einer gütlichen Einigung. Die EnBW forderte später 480 Mio. EUR und die Stadt erhöhte ihrerseits den Preisvorschlag auf 190 Mio. EUR. Da die Preisvorstellungen noch immer stark polarisierten, schlug das Gericht letztlich den Preis von 290 Mio. EUR vor. Die Stadt befürwortete Verkaufsverhandlungen auf der Basis dieses Preises. Die EnBW lehnte diesen Vorschlag jedoch ab. Aus Sicht des Energiekonzerns liegt der Marktwert des Wassernetzes deutlich höher. „480 Millionen Euro wäre ein fairer Preis“, sagte Christoph Müller, Geschäftsführer der Netze BW.<sup>21</sup>

---

<sup>17</sup>Barbara Kern (2017)

<sup>18</sup>FAZ. (05.12.2014)

<sup>19</sup>Ebd. (05.12.2014)

<sup>20</sup>Ebd. 05.12.2014

<sup>21</sup>Konstantin Schwarz. Stuttgarter Nachrichten. (2017)

Der erste Bürgermeister Michael Foll (CDU) äußerte sich dazu folgendermaßen:

„Das Gericht hat einen Weg aufgezeigt, der es uns an der oberen Grenze eines vertretbaren Kaufpreises ermöglicht hätte, zügig die Wasserversorgung zurück in städtische Hand zu bekommen, und der zugleich den wirtschaftlichen Interessen der Netze BW angemessen Rechnung getragen hätte.“<sup>22</sup>

Die SPD im Gemeinderat übte dagegen scharfe Kritik. SPD-Fraktionschef Martin Körner sagte:

„Die Entscheidung der EnBW ist ein Schlag ins Gesicht der Stadt. Ich appelliere an den Ministerpräsidenten, sich gegen diese Fehlentscheidung einzusetzen.“<sup>23</sup>

Das Wasserforum Stuttgart schlägt laut Barbara Kern nun vor, dass die Stadt den von der EnBW geforderten Preis unter Vorbehalt zahlen solle. Die Netze wären dann wieder in städtischer Hand und man könne anschließend alle strittigen Probleme vor Gericht klären lassen.<sup>24</sup>

Diese Methode erwies sich bereits als effektiv im Falle des Rückkaufs der Stromnetze in Freiburg. Dennoch ist die Stadt Stuttgart mit der Idee nicht einverstanden. Warum der Stadtrat diese Option ablehnt, ist jedoch unklar. Es ist abzuwarten, in welche Richtung sich der Prozess nun entwickelt. Nach Einschätzung von Barbara Kern und Ulrich Jochimsen ist ein baldiger Abschluss des Prozesses und somit des Konfliktes jedoch nicht absehbar.<sup>25</sup>

#### **4. Fazit**

Es zeigt sich, dass hier ein Konflikt vorliegt, der inzwischen über alle Instanzen geführt wird. Dazu muss jedoch auch gesagt werden, dass das Thema Millionen von Menschen in Baden-Württemberg täglich betrifft. Das Wasser ist für jeden Bürger ein essentielles Gut, über das er jeden Tag in bester Qualität verfügen können muss. Fraglich ist, ob es ethisch vertretbar ist, die Verantwortung über die Wasserversorgung an einen Privatkonzern wie EnBW zu übertragen, der rein gewinnorientiert arbeitet. Meiner Meinung nach kann die kontinuierliche Versorgung mit Trinkwasser, das den gesetzlichen Qualitätsbestimmungen entspricht, nur durch einen kommunalen Betrieb gewährleistet werden. Da dieser nicht auf das Erzielen von Gewinn ausgelegt ist, arbeitet er gewissenhaft und im Namen der Bevölkerung. Wenn sich Kommunen allerdings an den Vorschriften eines privatwirtschaftlichen Konzerns orientieren müssen, ist das Demokratieprinzip nicht mehr erfüllt. Zudem muss das Wasser für die Bevölkerung untersuchbar sein. Auch dies kann nur durch das transparente Arbeiten eines kommunalen Betriebs garantiert werden. Es bleibt also abzuwarten, ob die Stadt Stuttgart ihre Wasserversorgung wieder übernimmt, einen Eigenbetrieb gründet und den Einfluss der EnBW beseitigt.

---

<sup>22</sup>Ebd. (2017)

<sup>23</sup>Ebd. (2017)

<sup>24</sup>Telefonisches Interview mit Barbara Kern und Ulrich Jochimsen: 16.09.2017 18.00Uhr

<sup>25</sup>Telefonisches Interview mit Barbara Kern und Ulrich Jochimsen: 16.09.2017 18.00Uhr



## Quellenverzeichnis

Kern Barbara (2017). *Die Daseinsvorsorge muss als Eigenbetrieb organisiert sein.*

Rede vom 29.05.2017 auf der 371. Montagsdemo in Stuttgart

Deutsches Wasser Serviceportal (2017). *Wasser-Verbrauch*

Zugriff am 01.11.2017 unter:

<http://www.tag-des-wassers.com/wasser---verbrauch/index.html>

FAZ (2014). *Wem gehört das Wassernetz?*

Zugriff am 16.09.2017 unter:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/landgericht-stuttgart-entscheidet-ueber-wassernetz-13304634.html>

Schwarz Konstantin. Stuttgarter Nachrichten. (2017). *Verhandlung über Netzkauf*

Zugriff am 16.09.2017 unter:

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.wasserversorgung-in-stuttgart-verhandlung-ueber-netzkauf.d1743f13-92c0-4d35-8421-6520b7c57988.html>

Landeswasserversorgung (April 2017). *Zusammensetzung des Trinkwassers der LWV*

Zugriff am 29.10.2017 unter:

<https://www.lw-online.de/trinkwasser/trinkwasser-herkunft/>

Geiler Nik. Notizen aus dem BBU-WASSER-RUNDBRIEF (1996-2002). *Schlürft französischer Stromkonzern künftig Bodenseewasser?* Zugriff am 31.10.2017 unter:

[http://www.hundert-wasser.org/files/CBL\\_LWV\\_2001.pdf](http://www.hundert-wasser.org/files/CBL_LWV_2001.pdf)

Pressemitteilung der LWV und BWV. Stuttgart. (09.04.2009)

Zugriff am 31.10.2017 unter:

[http://www.hundert-wasser.org/files/BWV\\_CBL\\_beendet\\_PE\\_9.4.2009.pdf](http://www.hundert-wasser.org/files/BWV_CBL_beendet_PE_9.4.2009.pdf)

Oehler Professor Dr. K. Eberhard (2014). *Woher bekommt Stuttgart sein Trinkwasser?*

Zugriff am 20.06.2017 unter:

<http://www.aktuelle-wochenschau.de/main-navi/archiv/wasserchemie-2014/kw37-woher-bekommt-stuttgart-sein-trinkwasser.html>

Proeller Prof. Dr. Isabelle (2017). *Definition Zweckverband*

Zugriff am 31.10.2017 unter:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/zweckverband.html#definition>

Stuttgarter Wasserforum (2017). *Bodensee-Wasserversorgung (BWV)*

Zugriff am 16.09.2017 unter:

<http://www.hundert-wasser.org/BodenseeLandeswasser.html>

Stuttgarter Wasserforum (2009). *Bürgerbegehren „100-Wasser“*

Zugriff am 16.09.2017 unter:

<http://www.hundert-wasser.org/files/Unterschriftenliste.pdf>

Stuttgarter Wasserforum (2009). *Geschichte des Stuttgarter Wasserforums*

Zugriff am 31.10.2017 unter:

<http://www.hundert-wasser.org/WasserforumGeschichte.html>

Stuttgarter Wasserforum (33.03.2017). *Immer mehr Stadtteile beziehen Landeswasser*

Zugriff am 31.10.2017 unter:

<http://www.hundert-wasser.org/StuttgartWasser.html>

Stuttgarter Wasserforum (2009). *Stuttgarter Ausverkauf*

Zugriff am 31.10.2017 unter:

<http://www.hundert-wasser.org/StuttgartAusverkauf.html>

Stuttgarter Wasserforum (2017). *Versorgungsnetz der LWV und der BWV in Stuttgart*

Zugriff am 20.06.2017 unter:

<http://www.hundert-wasser.org/BodenseeLandeswasser.html>

Telefonisches Interview mit Barbara Kern und Ulrich Jochimsen: 16.09.2017 18.00Uhr

Messner Wolfgang. STZ. (23.12.2008). *Cross-Border-Leasing: Kommunen drohen neue Verluste - US-Partner AIG weigert sich derzeit, aus Verträgen auszusteigen - Finanzministerium billigt Rettungsgeschäfte am Fiskus vorbei*

Zugriff am 28.10.2017 unter:

[http://www.hundert-wasser.org/files/BWV\\_LWV\\_Dez\\_2008](http://www.hundert-wasser.org/files/BWV_LWV_Dez_2008)

Ich habe diese Seminararbeit ohne fremde Hilfe angefertigt und nur die im Literaturverzeichnis angeführten Quellen und Hilfsmittel benützt.

....., den .....

Ort  
Schülerin

Datum

.....

Unterschrift des Schülers/der